



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

09.09.02

Ergebnisse der Fraktionsberatungen zur Konzerthauseneröffnung und zum neuen Flächennutzungsplan

Presseerklärung

1. Konzerthauseneröffnung:

An den Eröffnungsfeierlichkeiten für das neue Konzerthaus am Ende dieser Woche werden die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht teilnehmen. Damit soll symbolisch deutlich gemacht werden, dass die Freude über die Fertigstellung des Gebäudes und das große Interesse an den geplanten Konzerten nicht uneingeschränkt ist.

Im Juni 2000 diskutierte der Rat nochmals über den endgültigen Baubeschluss für das Konzerthaus. Anlass waren enorme Kostensteigerungen und eine Sonderprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt. Dabei wurde seitens des Rechnungsprüfungsamtes davor gewarnt, dass statt der beschlossenen Deckelung auf 7.7 Millionen DM jährlichen Betriebskostenzuschuss ungünstigstenfalls eine Belastung von 17 Mio DM jährlich auf die Stadt zukommen könne.

Selbst wenn der „worst case“ nicht eintritt und tatsächlich an 350 Tagen im Jahr eine Auslastung von 85% erreicht wird, ist der jährliche Betriebskostenzuschuss angesichts der rigorosen Sparmassnahmen z.B. im Bereich der Kinderbetreuung (Hortplätze) üppig und für diejenigen, die aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sind, in den Genuss einer im neuen Konzerthaus zu kommen, kaum nachvollziehbar,.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden daraus nicht den Schluss ziehen, das Konzerthaus zu boykottieren. Nachdem Fakten geschaffen worden sind, bleibt zu hoffen, dass die hochgesteckten Ziele auch tatsächlich erreicht werden. Mit der Inbetriebnahme des Konzerthauses verbinden wir darüber hinaus die Hoffnung, dass das Brückstrassenviertel auf längere Sicht von dem kulturellen Highlight profitiert und die gewünschte Aufwertung erfährt.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

2. Flächennutzungsplan der Stadt Dortmund

VertreterInnen des Stadtplanungsamtes haben die Fraktion BÜNDNIS 9/DIE GRÜNEN über die wesentlichen Inhalten des neuen Flächennutzungsplanes informiert.

Danach ergeben sich aus unserer Sicht folgende, vorläufige Einschätzungen, die wie im weiteren Verfahren konkretisieren und in Teilen als Modifizierungsvorschläge einbringen werden.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass der bewusste Verzicht auf ein Leitbild zugunsten einer Vielzahl von Leitideen, Beliebigkeit der Entscheidungsprozesse impliziert. So ist bei den Stadtentwicklungszielen von der Notwendigkeit wirtschaftlich tragfähiger Stadtentwicklung die Rede, die im Einzelfall mit grosser Sicherheit Konfliktpotential bei der Vermarktung von lukrativen Flächen (Sondervermögen) beinhaltet, wenn diese Flächen unter dem Gesichtspunkt der ökologischen Nachhaltigkeit nicht in Anspruch genommen werden dürften.

Bei den Gewerbeflächen ist positiv anzumerken, dass es keine nennenswerten Defizite gibt und fast ausschliesslich Reaktivierungsflächen in Anspruch genommen werden sollen. Folgerichtig wird auf die Ausweisung der umstrittenen Gebiete Salinger Feld und Brechtener Niederung in der Flächenausweisung verzichtet. BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN werden sich unabhängig von dem Ergebnis des noch nicht vorliegenden Gutachtens auf der Grundlage der vorliegenden Zahlen dafür einsetzen, dass der F-Plan in diesem Punkt unverändert bleibt.

Kritisch bewerten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach wie vor die üppige Ausweisung von Wohnbauflächen. Auch wenn bei tendenzieller Abnahme der Bevölkerung die Zahl der Haushalte gleich bleibt, so wird von einem Flächenpotenzial (200 ha zusätzliche Wohnbaufläche) ausgegangen, dass unseres Erachtens den Zugriff auf ökologisch kritisch zu bewertende Flächen erleichtert. In der Rechnung der Verwaltung wird davon ausgegangen, dass durch den Erfolg des Dortund-projectes für die nächsten Jahre die Schaffung von 1000 Wohneinheiten Ein- und Zweifamilienhausbau und 800 Wohneinheiten Geschosswohnungsbau erforderlich wird. Abgesehen davon, dass die Grundannahmen aus unserer Sicht unrealistisch sind, wird in den Berechnungen der Verwaltung von einer Dichte (Geschossflächenzahl) ausgegangen, die von anderen Zahlen ausgeht, als sich diese in den letzten 5 Jahren im Durchschnitt ergeben haben. Die äusserst grosszügige Herabsetzung der Bebauungsdichte führt rein rechnerisch zu einem Flächeneinsparpotential von bis zu ca. 100 ha. Die Verwaltung gesteht auch unumwunden ein, dass eine grosszügige Bemessung der Wohnbauflächen vorgenommen wurde.

Aus unserer Sicht ist der umgekehrte Weg sinnvoll. Eine Erhöhung der Wohnbaudichte und eine Verringerung des Flächenangebotes führt zu einem sorgsamem Umgang mit den vorhandenen Potenzialen. Notwendig wäre darüber hinaus aus unserer Sicht eine Priorisierung der Flächen bzw. eine Transparenz im Hinblick auf die Bewertungskriterien für einzelne Flächen, die sich aus der Festlegung von ökologisch bedeutsamen Funktionsräumen ergibt.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Konkret bedeutet das die Herausnahmen von ökologisch wertvollen Flächen wie die Tulpenstrasse, aber auch von solchen Flächen, die unattraktiv und absehbar nicht verwertbar sind (autobahnnahes Wohnen).

Die Verwaltung legt Wert auf die Feststellung, dass sich der Grünanteil in der Stadt deutlich erhöhen wird. Ursächlich hierfür ist die Umwandlung grosser industrieller Brachen wie Phoenix-Ost, die zukünftig nicht mehr länger grau (Industriegebiet) gekennzeichnet sein werden. Die planerische Umwandlung von grau in grün sagt jedoch nicht nichts über die tatsächliche Entwicklung und auch nicht über die Qualität des zukünftigen Grüns aus. Hier sind vorzeitige Erfolgsmeldungen fehl am Platze.

Der Erläuterungsbericht zum F-Plan macht deutlich, dass die beabsichtigte CO₂-Minderung auf den bisher beschrittenen Wegen nicht erreicht werden kann. Hier enthält der F-Plan insbesondere im Hinblick auf die Reduzierung der Emissionen durch den Autoverkehr wenig Anregungen, wie aus planerischer Sicht eine Entlastung von nachweislich hoch belasteten Stadtgebieten erreicht werden kann.